

Nur „Putins Krieg“?

Das vielstimmige Konzert der Interessen, Drohungen und Eskalation

Die ideologisch propagierte und geführte Lesart, den Krieg Russlands in der Ukraine im Wesentlichen als eine Art Ausfluss von Putins Person als ausgesprochenem Gewalt- und Machtmenschen, der er zweifelsohne ist (aber welche/r Politiker:in ist das in der Anlage nicht), der nicht zurückweicht oder sich revidiert – außer durch Zwang, Druck und Opposition im eigenen Land – darzustellen, hinkt erheblich und krankt an vielem. Sogar ranghohe Politiker:innen, Kanzler Scholz, grüne Kabinettsmitglieder wie Außenministerin Baerbock und Vize-Kanzler, Wirtschafts- und Energieminister Habeck, die derzeit wegen chronischer Scholz-Schwäche starke Figur auf dem Berlin-Parkett, und die bürgerlichen Medien bis hin zu öffentlich-rechtlichen Talk-Formaten a la Will, Illner, Plasberg, Maischberger und Lanz sowieso, stimmen letztlich wenig reflektiert einhellig in diesen Tonfall ein und befördern diese zu einfache Schwarz-Weiß-Malerei.

Die ideologische Zurichtung auf allen Seiten

Die Wege, derzeit zu informellen Wahrheiten zu gelangen, sind holprig und mühsam. Die genannten Moderator:innen mühen sich, dafür Zeugen zu finden und gegen gute Auftrittshonorare in ihren Sendungen wortmächtig auftreten zu lassen, die von verschiedenen Aspekten her und auch durchaus unterschiedlich rollenmotiviert, vielstimmig in diesen Chor miteinstimmen. Selten bekommt man da ganz anderes zu hören als das bekannte Think-Tank-Gerede a la „Stiftung für Wissenschaft und Politik“. Von jeher viel bemühte Beraterin-Instanz mit ihren Expertisen im Hintergrund der Berliner Regierung. Putin-Versteher:innen von früher werden nun plötzlich Putin-Verdammer:innen. Vergessen scheint sein Auftritt 2001 am Beginn seines Dauerregierens im Deutschen Bundestag mit einer pro-westlichen Rede, der die meisten Beifall zollten. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 schlug Putin dann völlig andere Töne an. Bestenfalls wird noch der Militärhistoriker und Deutsche Krieger-Buch-Autor, Professor Neitzel, von der Universität Potsdam bemüht, seinen Sermon zu geben über Aspekte des Kriegführens und soldatischen Handelns.

Wir hören aber in den so gesehen auf Kriegs-Rhetorik „gleichgeschalteten“ Medien nichts von alternativen kritischen Militärhistorikern und Politikwissenschaftlern wie Wolfram Wette, Detlef Bald, Manfred Messerschmidt; von Seiten kirchlicher Friedensethik, von Pax-Christi und Internationalem Versöhnungsbund, von Deutscher Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen (DFG-VK). Ganz zu schweigen von Vertreter:innen kritischer und historischer Friedens- und Konfliktforschung, die der Friedensbewegung nahestehen, etwa Theodor Ebert, Reiner Steinweg, Dieter Senghaas, Egbert Jahn, Harald Müller u. a. Die unvoreingenommen kritische Friedens-Positionen wissenschaftlich beleuchten könnten. Hinzu kommt ein Generationenwechsel in diesem Forschungsbereich.

Es werden auch keine Basis-Repräsentant:innen und Aktivist:innen der Friedensbewegung eingeladen und in den öffentlichen Diskurs miteinbezogen, etwa vom Verein Soziale Verteidigung (Minden), Informationsstelle Militarisierung (Tübingen), Verein Connection (Offenbach), der international für KDV im Krieg und Deserteure arbeitet, gerade auch in der Ukraine und in Russland. Auch niemand von den beiden bundesweiten Aktionsforen „Kooperation für den Frieden“ (Bonn) und „Kasseler Friedensratschlag“ mit hunderten ihnen angeschlossenen Aktiven und Gruppen, die kompetente Menschen in TV-Diskussionsrunden entsenden könnten. Sie alle bewegen sich in der „Blase“ einer lediglich alternativen und abgeschotteten Eigenöffentlichkeit, weil sie öffentlich nicht zum Zug kommen oder gehört werden sollen. Schließlich gilt in den öffentlichen Medien der Proporz und „Ausgewogenheit“, nicht auffallende Kriegs-Tendenziösität wie derzeit. Kein Zweifel: diese so hermetisch zugerichtete deutsche „Kriegs-Öffentlichkeit“ informiert einseitig und doktriniert zudem militärpolitisch noch, wenn man z. B. einzelnen Militärvertretern zuhört. Auch so kann man subtil manipulieren und „Zensur“ üben. So wird ein „Kesseltreiben“ gegen die Friedensbewegung wie noch in früheren Golf- und Jugoslawien-Kriegszeiten entbehrlich. Sie kommt einfach nicht mehr sicht- und hörbar (außer auf der Straße) vor und zu Wort. Die ewig gleichen, larmoyanten unverbesserlichen „Friedenshitzer“, die man nicht hören will, geschweige denn auf sie hören möchte.

Die Foren der bereits erwähnten TV-Damen und -Herren sind derzeit auch Plattform des auf den ersten Blick freundlich wirkenden ukrainischen Botschafters in der BRD, Andreij Melnyk, der teils dreist insistierend nicht müde wird, die Kriegstrommeln anzuschlagen für Waffenlieferungen des Westens an die Streitkräfte seines Landes und kriegstreibend mehr westliche „Intervention“ zugunsten seiner Seite einzufordern. Das fein abgestimmte „Meinungsbildungs“-Spiel läuft nur nicht ganz so offensichtlich ab wie es in Russland passiert, wo harte Staatszensur gegen die Medien durchgreift, bestimmte „verräterische“ Worte wie Krieg oder Invasion nicht verwendet werden dürfen und der imperialistische Überfall Russlands auf die Ukraine lediglich als „Militäroperation“ oder grotesk „Friedenstruppen“-Mission bezeichnet werden darf. Ein neues Mediengesetz Putins gestattet weder Kritik an der Regierung noch Berichte davon, was russische Truppen in der Ukraine tagtäglich kriegsverbrechend anrichten. Es ist Putins „saubere Militäroperation“.

Krieg bedeutet Frieden und Frieden bedeutet Krieg, wie es in Orwells 1948 entworfenen, düsteren Zukunftsvision „1984“ steht, was als projiziertes Schreckens-Datum schon wieder fast 40 Jahre zurückliegt. Orwells Roman spielt nach einem verheerenden Welt-Atomkrieg in der Zeit Mitte der 1960er Jahre, wo sich nur noch drei feindliche Supermacht-Blöcke (von West nach Ost) Ozeanien, Eurasien und Ostasien gegenüber stehen und sich in einem permanenten Abnutzungs-Krieg bekämpfen. Jeden Tag schlagen in London, dem ozeanischen Ort der Handlung, Raketen ein und verursachen Schäden. Der Hauptkampf aber findet weniger auf militärisch-territorialer Ebene statt, sondern diese stellt lediglich die Bühne dar für die ideologische Aufrüstung und Rechtfertigung totalitärer Herrschaft eines „Großen Bruders“. Der unscheinbare Angestellte Winston ist in einem Wahrheitsministerium und ausschließlich damit beschäftigt, auf Auftrag Nachrichten und Daten aus Dokumenten wie Zeitungen, Filmen und Büchern, auszuwählen, zu sortieren, im Sinne des Systems zu korrigieren, anders darzustellen, durch systemgefällige zu ersetzen oder ganz zu eliminieren. Dabei wird er bei der Arbeit und auch noch danach in seiner Wohnung wie alle ständig von einem sprechenden Kameraauge überwacht. Orwell hat mit seinem Roman hell- und weitsichtig Szenarien beschrieben, wie sie heute an nicht wenigen Plätzen dieser kriegerischen Welt als lokale und regionale Dauerrealität bestehen. Kein großer öffentlicher Platz überall in West und Ost, Nord und Süd, keine U-Bahn-Linie, der und die heute nicht der ständigen Videokamera-Überwachung von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten unterliegt. 1984 ist auch 2022, das Jahr, in dem wir trotz Corona und Krieg überleben wollen...

Die „Putins-Krieg“-Sicht ergreift sogar als Worthülse, die die Sache auf schematisch recht einfache Art klarzumachen scheint, Besitz von einem allgemeinen Diskurs in der mehr oder weniger informierten Öffentlichkeit. Sie verdeckt und verschleiert aber, so hartnäckig sie sich tagtäglich präsentiert und ständig multipliziert, den kritischen Blick auf die wahren Zusammenhänge und Hintergründe des gerade völlig ins Unmenschliche ausufernden Dauerkonflikts zwischen Russland und der Ukraine. Der in eskalierender Schärfe bis zur Kriegsstufe mindestens seit der russischen Krim-Annexion 2014 schwelte und verlief und sich über die Separations-Kämpfe in der Ost-Ukraine fortsetzte und steigerte. Der Westen hielt – bis auf halbherzige Sanktionen-Pakete gegen Moskau und die reichen russischen Oligarchen-Eliten, an denen auch West-Wirtschaft nicht schlecht verdient – weitgehend still, bzw. schürte hinter den Kulissen auf verschiedene Weisen kräftig im Eskalationskonzert mit. Werfe niemand den ersten Stein, der selbst im Glashaus sitzt. Wer sich auf die Ebene der Kriegsrhetorik begibt und darin ergeht, und nicht wenige tun dies hierzulande, muss sich den Vorhalt gefallen lassen, dass „Putins Krieg“ eben nicht nur Putins Krieg ist. Wenn nur ein toter Russe ein guter Russe ist. Auch Ukrainer töten, offen und aus Hinterhalten – in Notwehr. Menschenleben aber bleibt Menschenleben, hier wie dort.

Machen Persönlichkeiten allein Geschichte? Nein, Politiker wie Wladimir Putin handeln in einem bestimmten zeitgeschichtlichen Kontext, in dem sie von Ereignissen geformt und Entwicklungen und Veränderungen bestimmt werden, dabei von Kräften nach vorne getragen und nach oben gespült werden, wo sie sich dann zeigen. Dabei legen sie Fähigkeiten an den Tag, Macht und Funktionen auf bestimmte Weisen zu handhaben und im Einklang mit bestimmenden Faktoren zu handeln oder auch gegen sie und sich unter bestimmten Umständen gegen andere durchzusetzen. In einem solchen

komplexen Kontext muss man Putins kriegerisches Agieren und Reagieren nüchtern sehen und bewerten, ohne sein Tun zu billigen oder zu rechtfertigen. Dieser Kontext ist die weltpolitische wie auch innerrussische Entwicklung seit der Epochenwende 1989/90, also seit gut 30 Jahren.

Multipolare Welt aus den Fugen?

Wesentlich bestimmende Elemente dieser Entwicklung mit unterschiedlicher Gewichtung sind: **a.** das politisch-ökonomische Ende der Sowjetunion und militärisch des Warschauer Pakt-Bündnisses; **b.** die Fortexistenz der Nato und ihre Ausdehnung nach Osteuropa; **c.** das Emporkommen des „roten“ post-maoistischen China zu einer konkurrierenden kapitalistischen Welthandelsmacht und Chinas militärisches Erstarren; **d.** die lange, bis etwa Mitte der 2000er Jahre währende russische Agonie, die auf Gorbatschow und Jelzin als gescheiterten sowjetisch-russischen Führern folgte, woraus zunächst ein Macht-Vakuum in Russland resultierte, das Putin nach und nach auszufüllen begann; **e.** die Herausbildung einer neuen russischen Oligarchenschicht auf der Basis ihrer Aneignung der sowjetischen Konkursmasse in Politik und Wirtschaft (Ämterfunktionen, Übernahme von Schlüsselpositionen in privatisierten Staatsunternehmen, Übernahme von gut gefüllten Geldkonten, Erschließung und Ausbeutung neuer Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas, seltene Metalle usw.) und Anhäufung neuen Reichtums bei gleichzeitiger breiter Volksverarmung; **f.** eine politisch-militärische Schwächung der USA und der europäisch-transatlantischen Achse (Jugoslawienkrieg, Irakkrieg, Afghanistankrieg, Trump-Präsidentschaft), **g.** eine neue Kräftekonstellation im Indo-Pazifikraum, wohin sich das amerikanische Interesse verlagert (Obama, Biden, China als neuer Weltgegner), **h.** die Etablierung eines internationalen Terrorismus extrem islamistischer Prägung („Arabischer Frühling“, Zerschlagung des Gaddafi- und Irak-Regimes, Antiterrorkrieg, Al Quaida, ISIS, Libyen, Israel vs. Iran, Syrien-Bürgerkrieg); **i.** die Herausbildung sog. neuimperialistischer Länder (außer Russland und China u. a. Mexiko, Brasilien, Südafrika, Türkei, Saudi-Arabien, Iran, VAE, Katar, Indien, Indonesien); **j.** das Fortwirken einer latenten atomaren Bedrohung und Spannung zwischen einzelnen Atomgroßmächten (USA-Russland-China) und Atommittel- und Kleinmächten (Großbritannien, Frankreich, Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea, „Iran“, „Saudi-Arabien“) mit insgesamt etwa noch gut 13.000 modernisierten und bereit gehaltenen Atomsprenköpfen zu über 90 % auf die USA und Russland entfallend; „atomare Teilhabe“ der Luftwaffen der Nato-Länder Niederlande, Deutschland, Italien und Türkei; **k.** weltweite Krisen wie die Klima-, Energie-, Flüchtlings-, Ernährungs-, Wasser- und Corona-Krise.

Putin und die Oligarchen-Eliten

Die Frage nach Putins Person, mehr noch nach seiner Rolle, ist natürlich auch nicht völlig falsch. Aber sie trifft nicht wirklich den komplexen Kern des Sachverhalts, an dem man sonst Gefahr läuft, vorbeizureden. Natürlich fürchtet Putin derzeit eine wachsende innere Opposition. Unter der Bevölkerung, aber vor allem unter seinen von ihm einst scharf disziplinierten Oligarchen, die sich nun in Briefen petitierend an ihn wenden, den sich ausweitenden Krieg mit der Ukraine zu beenden oder zumindest zurückzufahren. Denn sie selbst fürchten um ihre Pfründe durch die nun deutlich noch verschärften Sanktionen des Westens, die sie wirtschaftlich und monetär hart treffen würden und jetzt auch schon empfindlich treffen, Stichwort „Londongrad“. Große Kapital-Vermögen wurden von ihnen neben hohen Renditen aus Immobiliengeschäften im Ausland an den wichtigsten Finanzplätzen gewinnbringend angelegt, London, Zürich, Frankfurt und anderswo. Dafür wurde und wird das russische Energiewirtschafts-Potenzial bei den fossilen Grundbrennstoffen Öl, Gas, Kohle und letztlich die arbeitende Bevölkerung, die dessen Mehrwert schafft, von ihnen skrupellos ausgebeutet.

Nun sollen sie als Folge der westlichen US- und EU-Antikriegs-Sanktionen gegen Russland nicht oder nicht mehr ohne weiteres an ihre gesperrten Geldvermögen herankommen bzw. ihre erschwerten Geschäfts-Transaktionen abwickeln können. Die Präsidentin der EU-Kommission und CDU-Politikerin, Ursula von der Leyen, kündigte bereits am 20. Februar, drei Tage vor Kriegsbeginn, in der Sendung „Anne Will“ an, dass Russland im Falle eines Angriffs auf die Ukraine „massive Konsequenzen“ zu erwarten habe. Die angedachten Sanktionspunkte „bedeuteten für den Kreml, dass wenn sie militärische Aggressionen gegen die Ukraine fahren, Russland im Prinzip abgeschnitten wird von den internationalen Finanzmärkten.“ Russland habe eine klare Schwachstelle, das sei seine Wirtschaft, fügte sie hinzu.

Maßgebliche Teile des westlichen Bankensystems verdienen und verdienen an ihren Investiv-Einlagen Milliardensummen allein aus Zinserträgen, mit denen sie wiederum offensiv ihre Finanzgeschäfte bestreiten. Putins Oligarchen-„Zähmung“, um sie sich letztlich gefügig zu machen und unterzuordnen, war ein Diktat und zugleich ein Agreement, ein wesentlicher Schritt auf seinem Weg zur nahezu unantastbaren autokratischen Präsidial-Herrschaft, für die er seit dem Jahr 2000 die groteske mehrfache Verlängerung seiner Amtszeiten bis zur gegenwärtig vierten brauchte. An dem einfluss- und auch sonst mutmaßlich reichsten Oligarchen, Michail Chodorkowski, ließ Putin als Abschreckungsbotschaft wegen seiner Kritik an Putin und der Regierung ein juristisches Exempel statuieren, angeklagt und vorgeführt im Gerichtssaal in einem Käfig wie ein wildes Tier.

Stationen auf dem Weg zur Macht

Putin sitzt gegenwärtig (noch) fest im Sattel. Aber sein Thron könnte eines absehbaren Tages wackeln, das weiß und spürt er. Er ist jetzt 70 Jahre alt, also nicht mehr der Jüngste und sein früher so extrovertiert sportlich demonstrierter physischer Elan schwindet zusehends. Das nagt und zehrt an ihm mental, war es doch auch Teil seiner personenkulthaften Selbstinszenierung. Doch diese Zeiten als Judoka, Boxer, Reiter, Eishockey-Crack, Wildnisgänger und Bärenjäger in sibirischen Wäldern sind vorbei. Sein rigoroses politisches Auftrumpfen, könnte man etwas salopp sagen, ist jetzt sein „Jungbrunnen“, worüber er sich fit hält und Imagepflege betreibt.

Sein äußerer Machtvollzug führte des Weiteren im Wesentlichen über verschiedene, meist militärische Stationen. Dazu gehören seine „exterministische“ Intervention im Syrien-Krieg seit 2014 zugunsten des Assad-Regimes mit verheerenden Luftschlägen in der Nordwest-Provinz Idlib, angeblich nur gegen die dortigen „Terroristen“, in Wahrheit aber vor allem gegen die Zivilbevölkerung etwa in der Großstadt Aleppo. Einst eine blühende altehrwürdige Orient-Stadt, heute überwiegend ein Trümmerhaufen, worin die Menschen noch zu überleben versuchen, wenn sie nicht versuchen, nach Norden in die Türkei oder nach Mitteleuropa zu flüchten. Ferner gehören dazu die beiden Tschetschenien-Kriege seit 1999 und in den 2000er Jahren, der Krieg mit Georgien 2008 mit der Schaffung von Moskau-treuen Abspaltungen Abchasien und Süd-Ossetien. Putin wählt und geht seinen Weg in seinem nahen Einflussbereich über militärische Konfrontation, notfalls auch Krieg oder durch Annexion als Mittel seiner Politik, wie im Fall der Krim und der Ost-Ukraine. Sein geostrategisches Ziel ist es, Russland und sich selbst wieder groß zu machen und internationalen Einfluss und Respekt zu verschaffen, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Zu seiner „Doktrin“ gehört die Erkenntnis, dass es der größte Fehler (und für ihn eine Schmach und Demütigung) war, als Folge der Epochenwende 1989/90 die Sowjetunion aufzulösen. Die Revision dessen bezogen auf Russland ist Teil seines weltmächtigen Plans, womit er auf internationaler Ebene mit anderen imperialistischen Kräften und „Playern“ gleichziehen will wie auch zunehmend kollidiert.

Innere Stationen zur Macht (Karriere, ausgeschaltete Gegner, Ämter)

Putin war zunächst unscheinbarer Agent des sowjetischen KGB in der DDR in Majors-Rang und später des Nachfolgers FSB in Russland. Ein politischer „Nobody“. Er erwarb durch „Geheimdienst-Sozialisation“ sein Wissen und Handwerkszeug, das er jetzt rigoros einsetzt: Täuschen, Tarnen, Verstellen, Beschuldigen, Lügen, notfalls Morden lassen, um zum Erfolg zu kommen. Ganz in machiavelistischer Art scheint ihm dabei jedes Mittel recht zu sein, das ihm nützt. Als gelernter Agent kennt er nur zwei Kategorien von Menschen, Gegner und „Verräter“. Gegner wie der Oppositionelle Alexei Nawalny, der vergiftet werden sollte oder der bereits erwähnte Ölmagnat und Kritiker Michail Chodorkowski lässt er in Gerichtsverfahren anklagen, verurteilen und auf Jahre in Straflagern verschwinden, wie es vor ihm nur einer tat: Stalin. Solche, die ihn „verraten“, indem sie ihn aus seiner Sicht persönlich hintergehen oder seine Ziele bloßlegen und öffentlich anprangern, fallen nach Mafiaart mysteriösen Attentaten und dreisten Mordanschlägen zum Opfer, die mutmaßlich auf Putin hindeuten, deren Auftrags-Spuren wie bei einem Komplott jedoch geschickt vertuscht und verwischt werden. Wie etwa die Journalistin Anna Politkowskaja, der in England mit radioaktivem Polonium vergiftete übergelaufene FSB-Agent und ehemalige Putin-Vertraute, Alexander Litwinenko, der sperrige Oligarch Boris Beresowski (nach inszeniertem Sex-Skandal angeblich Suizid), der oppositionelle Politiker und scharfe

Putin-Kritiker Boris Nemzow, Entscheidend für Putins politischen Aufstieg waren seine abschirmende Rolle bei den mafiösen korrupten Machenschaften des Leningrader Bürgermeisters Anatoli Sobtschak, der sein Professor im angeblichen Jurastudium war und seine Position, die er sich als engster Vertrauter und rechte Hand seines Ziehvaters Boris Jelzin erwarb, der ihn am Ende nach vorzeitigem Rücktritt vorbei an einer Wahl als Nachfolger ins Präsidentenamt hievte.

Das Eliminierungs-Ziel Ukraine

All das hier mit aufgezählte ist quasi psychogrammmatische Begleitmusik, noch nicht das eigentliche Konzert, das Putin spielt und spielen lässt, unter Benutzung seiner Generäle und seiner Streitkräfte. Diese wurden in einem Halbkreis um die Ukraine seit etwa Mitte 2021 massiert in Grenznähe zusammengezogen, geschätzt am Ende zwischen 140 bis 160.000 Soldaten. Mit einer Massierung in solcher Invasionsstärke veranstaltet man keine Manöver, es sei denn zum Zweck der Vorbereitung eines Militärschlags oder wie es dann kam, eines Angriffskrieges gegen ein vermeintlich unterlegenes Land. Die USA sahen dies über ihre Satellitenaufklärung voraus und warnten aus ihrer Sicht vor einem bevorstehenden russischen Einmarsch. Man glaubte es ihnen nur zögerlich. Kaum jemand hielt dies zudem für möglich, wie auch die deutsche Außenministerin Baerbock selbstkritisch bei „Anne Will“ (6. März) einräumte.

Gas-Geschäfte, „Wandel durch Handel“, die Nord-Stream-Pipelines

Mit den Energie-Geschäften seit den 1990er Jahren mit Putins Oligarchen-Russland, so lautet eine Kritik vor allem von Unions-, FDP- und Grünen-Seite, habe Deutschland und habe die EU Putin geradezu auf die Idee gebracht und dazu „eingeladen“, in seinem Macht-Poker die Energie-Karte zu ziehen und zu spielen. So gesehen waren die Gasenergie-Abkommen Nord Stream 1 und 2 gravierende energiepolitische Fehler auf längere Sicht. Die sich bei einem strategischen Wechsel im Verhältnis des Westens zu Russland und umgekehrt fatal auswirken konnten. Die bewährte Maxime „Wandel durch Handel“ aus der Zeit des Ost-West-Gegensatzes erweist sich somit als gescheitert und der Geschichte angehörend.

Dieser Wechsel vollzog sich allmählich über Russlands Rolle in Syrien, aber spätestens seit der russischen Krim-Annexion und der Separation eines Teils der Ost-Ukraine unter kräftigem russischem Dazutun. Ex-US-Präsident Trump zog mit seiner ungehobelten Kritik wegen Nord Stream 2 mehrmals mächtig vom Leder gegen die Deutschen bei G7- oder Nato-Zusammenkünften. Es ist bekannt, aus welchem Grund, der nichts mit Freiheit oder Demokratie zu tun hat: die USA sind Weltmarkt-Konkurrent No. 1 von EU und Russland und selbst globaler Händler im Erdgas-Geschäft. Es kann nicht in ihrem Interesse liegen, wenn EU-Länder mit Russland Gasgeschäfte zu ihren Lasten abwickeln und sie auf ihrem viel teureren Gas sitzen bleiben. Das ist Teil des Konzerts, das wiederum der Westen anstimmte, in das sich nun aktuell auch noch andere, militärpolitische Töne untermischen.

Schulterschluss bei deutscher Milliarden-Hochrüstung

Darunter ist ein bestimmender die aufgeflackerte und inzwischen auflodernde Debatte hiezulande über „Ausrüstung“ und Schlagkraft des deutschen Militärs, die über die Frage, militärische Hilfe für die Ukraine hochgefahren wird. So als käme dies denen, die sich daran beteiligen, als Anlass gerade recht. Vieles daran ist eine Schein- und Vorwand-Diskussion. In Wirklichkeit geht es dabei um die hochgradige Aufrüstung, nicht „Ausrüstung“ der Bundeswehr wie vorgeblich behauptet wird von einzelnen von bürgerlichen Medien wieder hofierten deutschen Ex-Nato-Generälen (Ramms, Vad, Domröse) außer Diensten. Als Privatiers a. D. können sie jetzt unbeschadet ihren Mund aufreißen und militärpolitisch und -strategisch in die Bresche hauen, was sie auch munter ohne sonderlich Widerspruch zu ernten tun dürfen. Nicht zuletzt aber von der SPD-Verteidigungsministerin, Christine Leberecht, selbst, um ein von Kanzler Scholz verkündetes, sog. 100-Milliarden „Sondervermögen“ zu rechtfertigen, was letztlich nur durch eine riesige Schuldenaufnahme zu bewerkstelligen ist bis hin zum Anwerfen der Notenbankpresse, was vor allem die Inflation in die Höhe schnellen lässt. Als kostete das, was sie als Begründung dafür angab, Kleidung, Helme, Westen, Nachtsichtgeräte, Ferngläser usw. eine solche Horror-Summe.

Hier wird also von der Regierung bis hin zum FDP-Finanzminister dem „Deutschen Volk“ beträchtlicher Schaden zugefügt, nicht von ihm abgewendet, wie alle Minister es geschworen haben. Eine pure Heuchelei. Ex-Nato-General Ramms betonte bei „Anne Will“, dass er als aktiver Militär zu Zeiten des Kalten Kriegs noch 1.500 Leopard-Kampfpanzer in seinen Depots stehen hatte, von denen man heute locker hätte 500 Stück an die Ukraine im Krieg abtreten können. Aber die einst so hoch gehaltene, supermoderne deutsche Panzerwaffe Leopard I und II, mit die modernsten ihrer Art, wurden nach 1990 zum Teil eingemottet, nach Afrika und Asien verhöckert, abgebaut auf einen einsatzbereiten Bestand heute von zwischen 280 und 320 Stück, neue Zuläufe eingerechnet. Man nahm an, bei Auslandseinsätzen und -interventionen bräuchte man solche Panzermassen nicht mehr wie sie im Kalten Krieg zur Landes- und Bündnisverteidigung vorgehalten wurden.

Keine oder doch Waffen für die Ukraine?

Die Außenwirtschaftsrichtlinie, wonach es Deutschland untersagt ist, Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete vorzunehmen, entpuppt sich angesichts des Ukraine-Kriegs als eine Bestimmung, die durch einen „Sonderzustand“ ausgehebelt wird. Der ebenfalls in der Will-Runde vertretene ukrainische Botschafter, Andreij Melnyk, zählte auf, dass die ukrainische Armee bis jetzt in Kriegshandlungen allein so viele russische Panzer zerstört habe, wie heute die Bundeswehr in ihrem Bestand noch habe, nämlich etwa 290 Stück. Dieser nach außen hin sympathisch und freundlich wirkende ukrainische Diplomat ist objektiv ein wahrer Kriegstreiber. Er scheint den Westen mit seinen massiven Forderungen nach Unterstützung mit Waffen regelrecht in eine militärische Verwicklung hineindrängen zu wollen, nach der Reihenfolge, heute die Ukraine, morgen Moldau und irgendwann absehbar wir. Er spricht (laut Wunschliste von Kiew) von Bedarf nach schwerem Gerät, wie Kampffjets, Panzer, Panzerwagen, Kampfhubschrauber, ja sogar deutschen U-Booten. Würde solches in der Ukraine anlangen, bedeutete es die Ausweitung zum totalen Krieg und möglicherweise eine russische (atomare?) Reaktion auf den Westen. Das wäre der nächste Weltkrieg! Botschafter Melnyk zündelt offenbar bewusst an dieser Lunte.

Doch sind diese Forderungen weitgehend und – man muss sagen – zum Glück, völlig illusorisch. Ukrainische Kampfpiloten etwa sind nur ausgebildet auf russischen Kampffjets, nicht auf deutschen Eurofightern oder französischen Rafales. Die einzigen, die auf MiGs und Suchois ausgebildet sind, sind polnische Nato-Kampfpiloten. Die relativ geringen polnischen Bestände könnten an die Ukraine übergeben werden, wofür Polen dann als Ersatz mit amerikanischen F-16-Kampffjets ausgestattet werden möchte. Ein Vorstoß im Alleingang der Polen in dieser Richtung sorgte allerdings für heftige Irritation in höchsten Nato-Kreisen und seitens der USA und einen Stopp der Kampffjet-Übergabe. Ähnlich verhält es sich mit Kampfhubschraubern etwa des Typs „Tiger“, über die die deutsche Luftwaffe und das Heer verfügen in einer begrenzten, zudem reparaturanfälligen Anzahl, von der nichts abgegeben werden kann, ohne die Bundeswehr nicht noch „schlechter“ ausgerüstet dastehen zu lassen. Von Fregatten, Korvetten und U-Booten wollen wir gar nicht erst reden, die Ukrainer hätten gar nicht die ausgebildeten qualifizierten Mannschaften und Schiffsführungs-Offiziere dazu. Vorerst bleibt es bei den von Berlin bisher zugesagten 1.700 panzerbrechenden Waffen, 500 Stinger-Raketen und 2.700 veralteten Strela-Raketen aus einstigen NVA-Beständen der DDR sowie ungenannten Posten an Ausrüstungsmaterial.

Der Westen ist indirekter Kriegsbeteiligter – droht ein Atomkrieg?

Das, was bisher an militärischem Material von verschiedenen Nato-Ameen an die Ukraine zugesagt oder geliefert wurde, einschließlich des deutschen Beitrags, stellt schon eine schwere Einmischung in den Konflikt und indirekte westliche Kriegsbeteiligung dar, ohne dass die Ukraine Nato-Beistandsland ist. Wer hat das von verantwortlichen Politikern im Westen bei all dem Kriegsgeschrei noch auf dem Bildschirm? Russland hat ein 4-stufiges atomares Warnsystem. Zugriff auf russische Atomwaffen haben drei Personen: Präsident Putin, Verteidigungsminister Schoigu und der Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte. Alle drei müssen einem Einsatz zustimmen, wozu es ein dreifaches Kommunikationssystem (3 Koffer) gibt. Gegenwärtig befinden sich die Russen nach der von Putin unlängst angeordneten erhöhten nuklearen Alarmbereitschaft auf Stufe 2. Stufe drei wäre „militärische Gefahr“ und bedeutete das Scharfmachen der Sprengköpfe, Stufe vier ihr tatsächlicher Einsatz.

Abhängigkeit von Russlands fossilem Energiepotenzial bei Öl, Gas, Kohle

Bei allem Machtstreben Putins in seiner geostrategisch beanspruchten Einflussosphäre drängt sich ein weiterer, nicht weniger erheblicher Aspekt des Ukraine-Kriegs auf: der einer sich darüber ankündigenden und ausgetragenen Auseinandersetzung um eine neue Energie-Weltordnung, für die der Krieg mit der Ukraine letztlich den Vorwand liefert. Da stellt sich sofort die Frage nach der Reaktion des Westens und der Nato-Allianz. Beide wollen wie sie beteuern, keinen Krieg mit Russland oder sich in einen solchen hineinziehen lassen. Stehen aber, genauer betrachtet und wie das bisher ausgeführte zeigt, bereits mit einem Bein in einer fatalen Verwicklung. Unterhalb der militärischen Kriegsschwelle führt der Westen mit seinen scharfen Sanktionen parallel bereits einen *Wirtschaftskrieg* gegen Putin und Russland, zielstrebig vor allem vorgetragen von den USA, die nicht erst jetzt schärfere Sanktionen verhängen, sondern es schon seit der Causa Syrien und Krim-Annexion tun. Gleichzeitig beziehen die USA an dritter Stelle ihrer Öl-Einfuhren mit einem Anteil von 7,5 Prozent Erdöl aus russischer Förderung, worüber jetzt allerdings ein Einfuhr-Embargo verhängt wurde. Für Deutschland sieht die abhängige Lage von fossilen russischen Energie-Rohstoffen noch viel deutlicher aus: Man bezieht 55 % Erdgas, 30 % Erdöl und 30 % Kohle aus russischen Lieferungen. Beim Öl kommt der meiste Rest aus niederländischen und norwegischen Offshore-Förderungen in der Nordsee.

Die Deutschen stünden, allen voran die Industrie, bei derzeit weniger als 30 Prozent gefüllten Gas-Lagern plötzlich kurzfristig mit einem Energie-Problem da, falls Russland seine fossilen Energie-Lieferungen aufgrund verschärfter weiterer Sanktionen deutlich drosseln oder zeitweilig ganz stoppen würde. Das bedeutet noch nicht, dass hier von heute auf morgen das Licht ausginge, aber es könnte durchaus schon hie und da zu Verbrauchseinschränkungen und ersten Engpässen kommen. Die große Sorge derzeit der deutschen Energiesicherungs-Politik ist dieser denkbare Fall. Täglich transferiert Deutschland dafür 1 Milliarde Euro auf russische Konten, die bisher für Berlin vom Swift-Ausschluss auch ausgenommen sind. Aufs Jahr gerechnet also 365 Milliarden Euro. Wovon Putin seinen Ukraine-Krieg mitfinanziert. Deutschland kann also aufgrund seiner Zwitter-Lage im Sanktions-Konzert nur bedingt mithalten. Kanzler Scholz formulierte das deutsche Energie-Dilemma und sieht sich durch seinen grünen Vize Habeck gedeckt darin, an russischen Energie-Importen festzuhalten: *„Die Versorgung Europas mit Energie für die Wärmeerzeugung, für die Mobilität, die Stromversorgung und für die Industrie, kann im Moment nicht anders gesichert werden“*, so Scholz. Energie aus Russland sei von essentieller Bedeutung für das tägliche Leben der Bürger. Daher habe Europa Energielieferungen bei den Sanktionen gegen Russland wegen des Ukraine-Kriegs bewusst ausgenommen, sagte er weiter (zit. nach phoenix, Teletext vom 8. März).

Es ginge also darum, diese große Abhängigkeit abzubauen und Lieferpartner zu wechseln, was Putin natürlich zu verhindern sucht. In Frage kämen auch Energie-Einsparung, weitere Erhöhung des erneuerbaren Anteils, Wasserstofftechnik, mehr Solar- und Windradanlagen, also Steigerung des Elektrizitäts-Anteils, Wasserkraft, Flusskraft usw. Energie ist eine erforderliche Zivilisations-Ressource, ohne die nichts geht. Ein Kampf um ihre Sicherung wird sich vermutlich weiter verschärfen. Derzeit beträgt der Preis für das Barrel Rohöl (159 Liter) deutlich zwischen 110 und 120 Dollar, so hoch wie lange nicht, Auf dem Markt kostete 1 Liter Benzin zeitweilig fast 2,00 Euro, der Diesel-Literpreis zog daran noch vorbei. Auf den Kopf gestellte Preiswelt. Strategische Reserven will Deutschland vermehrt einsetzen. Energieminister Habeck erklärt die Versorgung vorerst als gesichert, sieht sich aber auf dem Weltmarkt um nach Ersatz-Lieferanten, das kann beim gegenwärtigen Preisauftrieb richtig teuer werden fürs Verbraucher-Portemonnaie.

Basis russischer Außenwirtschaft bedroht?

Für Russland könnte absehbar die Lage prekär werden, dessen Wirtschafts-Exporte zu 70 Prozent mit Energieausfuhren aus den drei fossilen Quellen Öl, Gas und Kohle bestritten werden. Sinkt deren Abnahme, steigen die Preise an. Koppelte sich der Westen davon mehr und mehr ab, könnte das lukrative fossile russische Förder- und Liefermodell längerfristig zum „Auslaufmodell“ werden. Dann könnte die derzeit noch gute Ausgangslage für Moskau kippen. Russlands nukleare Energie-Technologie ist nicht auf dem neuesten Stand und meist veraltet. Das dürfte eine Umorientierung auf

Atomenergie und deren Export erheblich erschweren. Laufende russische Atomreaktoren kommen mehr und mehr in die Jahre, viele wären jetzt schon unter Sicherheitsaspekten gemäß westlicher Standards nicht mehr tragbar. Da tickt eine Zeitbombe. Tschernobyl könnte sich wiederholen. Es gibt keinen Plan B Putins, was den Ersatz der fossilen Handelsbasis betrifft.

Die weltweite Energieerzeugungslage und die Energieverteilung befinden sich in einem gewaltigen Umbruch. Es geht um Ressourcen, die nicht alle Länder gleich verfügbar haben, sondern hier bestehen erhebliche Unterschiede. Der Kampf um Energiemärkte ist voll im Gang. Russland steht in der Hinsicht eher schon mit dem Rücken zur Wand. Der Ukraine-Krieg könnte zu einem neuen „Energiekrieg“ werden, bei dem diese Aspekte eine wachsende Rolle spielen. Eine Welt-Energieneuordnung steht auf der Tagesordnung.

Umkämpfte Märkte, Ausbeutung weiterer neuer Lagerstätten, neue Transportkosten sparende Handelsrouten, etwa für große Tanker durch das absehbar dauereisfreie Nordmeer, stehen zur globalen Neuordnung an. Da ist bisher nur wenig fest geregelt, siehe das Beispiel willkürlicher Atomenergie-Taxation der EU, um neue, angeblich „sichere“ Kernenergie als „nachhaltige“ Energieform zu zertifizieren, was, nimmt man nur das Atommüllproblem und die Endlagerung mit tausende von Jahren schädlich strahlender Radioaktivität in den Blick, ein grotesker Witz ist. Fast schon ähnlich stellt sich das Thema bei *d e r* angeblich sauberen Energieerzeugung der Zukunft, der Kernfusion, dar. Der umgekehrten Uran-Kernspaltung durch Verschmelzen von Helium-Atomkernen. Auch hier radioaktive Langzeitstrahlung, hoher Materialverschleiß und immenser Energie-Input in die Elektro-Magnetspulen, die das sonnenähnliche Hitzeplasma, über das in einem komplexen Vorgang der Strom erzeugt wird, im Magnetring in der Schwebe halten. Auch hier kann man sich im Störfall einen Fusions-Gau vorstellen vom Ausmaß einer Sonneneruption, dann können wir den Zustand unserer Atmosphäre ganz vergessen, da es nicht nur radioaktive Wolken und Fallout gäbe. Der Ukraine-Krieg zeigt, wie komplex im Energie-Sektor wechselseitige Abhängigkeiten sind. Es gibt viel mehr sich überlagernde Grauzonen als klare Scheidelinien. Dazu kommt, dass sich der Energieaspekt stark vermischt mit und überlagert wird von Macht- und Einflussinteressen. Keine Seite kann unter diesem Blickwinkel diesen Krieg gewinnen.

Was kann im Fall Ukraine weiter werden?

Das ist weitgehend ungewiss. Putin ist kein neuer „Zar“, sondern selbst vermutlich der reichste russische Oligarch und ein autokratischer Potentat. Seinem inneren Imperium, auf Angst und Verteufelung jeder Opposition gegen ihn gegründet, entspricht kein äußeres, das ihn stützen könnte. Angeblich über 900.000 Unterschriften russischer Bürger:innen, die das Ende des Ukrainekrieges und Putins Rückzug hinter die eigenen Grenzen einfordern, zeigen, dass eine latent vorhandene Opposition in der Bevölkerung allmählich weiter wächst, je mehr Putin über die Stränge schlägt und sich damit auf der internationalen Bühne unmöglich macht. Und vielleicht könnte der Widerstand des gesamten ukrainischen Volkes bereits absehbar das Ende der Putin-Ära einläuten.

Putin bietet mit seinem Staats-Imperialismus auch nicht dem amerikanischen oder EU-Imperialismus die Stirn. Ein vielleicht verbreiteter linker Irrglaube. Er ist selbst der schlimmste Staatskapitalist und ganz einfach für die Menschheit untragbar geworden und muss sein politisches Schicksal erfahren und erleiden. Sei es durch einen Militärputsch russischer Offiziere, je nachdem, wie der Ukrainekrieg ausgeht, oder durch eine weiter in die Breite wachsende innere Opposition, was zweifellos die bessere Alternative wäre, die Putin nicht mehr wegsperren und brutal unterdrücken kann, einfach weil sie zu stark für ihn wird. Die russische Kommunistische Partei errang bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr unerwartet über 20 Prozent der Stimmen, während Putins Partei, das „Einiges Russland“, die ihn stützt, deutlich Stimmen einbüßte. Putin kann nur eine Entwicklung in Russland selbst zu Fall bringen. Diktatoren und Usurpatoren sind schon immer an den zu großen Brocken, die sie sich einzuverleiben anschickten, am Ende erstickt. Siehe Napoleon, Hitler oder auch Stalin. Die Geschichte richtete sie, deren falsche Sterne am Ende kläglich untergingen, alle. Auch wenn sie durch ihr Wüten zuvor erst unsägliches menschliches Leid anrichteten.

Es fällt schwer, ob all der äußeren aggressiven Stationen von Putins Weg zur heutigen Machtposition zuzugestehen, wenn von Seiten renommierter Historischer Friedensforschung der sicher zutreffende Hinweis gegeben wird, dass es vermutlich nicht zu dem Krieg gegen die Ukraine gekommen wäre, wenn zuvor Russlands Sicherheitsinteressen gegenüber dem Westen anerkannt und gebührend berücksichtigt worden wären. Sieht alles doch vielmehr danach aus, als handelte Putin nach einem lang vorher schon geschmiedeten Plan, den er Zug um Zug wie bei einem Schachspiel umsetzt. Dieses garantierende Sicherheits-Zugeständnis war angesichts der Entwicklung seit der Krim-Annexion und der Ostukraine-Separation vom Westen aber kaum mehr zu erwarten. Sicher ein fundamentaler Fehler im komplexen Geflecht von Interessen und ihren Abwägungen und eine gewisse westliche Mitverantwortung an der Eskalation. Eine Verankerung dieser Sicherheitsgarantie hätte prophylaktisch aber schon viel früher, etwa im Minsker Abkommen oder sonst einem bi- oder trilateralen Vertrag zwischen Nato, Ukraine und Russland, erfolgen müssen, nicht erst jetzt, da es zu spät dafür scheint.

Putin begreift scheinbar nicht, was am Ende innerer wie äußerer Fehlentwicklung, auch durch von außen erzwungene Überrüstung, in der von ihm geschätzten früheren Sowjetunion implodieren musste und historisch unterging. Zweifellos sieht und versteht er sich als Potentaten, ausgestattet mit der Re-Mission eines starken Russlands, um es (und ihn) zu neuer Machtfülle und Ansehen zu bringen. Seine militärischen Interventionen tragen den Charakter von Eroberungs-„Kreuzzügen“ („Entmilitarisierung“, „Entfaschisierung“), blutig, gnadenlos: Tschetschenien, Georgien, Ukraine. Vom Grundsatz her ist das völlig irrational angelegt, gegen jede Vernunft, und verkennt die bestehenden Realitäten. Putin kommt in der Ukraine nicht zu seinem Kriegsziel ihrer Staatszerstörung, wenn er sich nicht einer Strategie des „Exterminismus“ verschreibt, einer „Auslöschung“, wie es der ukrainische Präsident Selenskyj treffend nennt. Deren Anfänge scheinen wir gerade zu erleben und bezeugen.

Amerika (und auch die Nato) wird sich hüten, dagegen mit schweren Waffen aktiv territorial einzuschreiten (passiv geschieht dies ohnehin schon). Auch die vehement von Ukraines Präsident Selenskyj geforderte Flugverbotszone ist kein gangbarer Weg. Jede westliche Luftwaffe, die dies im UN-Auftrag versuchte, müsste sich mit den russischen Luftstreitkräften anlegen, was fast automatisch zu einem großen Krieg mit unwägbarer Dimension führen könnte. Washington blickt viel zu sehr in den Fernen Osten auf die neue Gefahr für es durch China und will auch deshalb keine militärische Konfrontation mit Moskau riskieren. US-Präsident Biden steht zudem im Herbst vor der nächsten wichtigen Kongresswahl, in der er nur eine knappe Mehrheit hat, die je nachdem verloren gehen könnte. Schon jetzt schießen sich die Republikaner auf ihn ein mit Fragen zum Ausmaß des US-Engagements im Ukraine-Krieg. China sieht dem Welt-Geschehen aufmerksam beobachtend zu und enthielt sich bei der Anti-Russland-Resolution der UN-Vollversammlung. Es könnte den stärksten befriedenden Einfluss auf Russland ausüben.

Nur vier Länder stimmten außer Russland gegen die Kriegs-Verurteilung: Belarus, Syrien, Eritrea, Nordkorea. Ein Kommentar erübrigt sich.

© Elmar Klink, D-Bremen, 12. März 2022.